

## **Protest gegen die Kooperation der Universität Köln mit der Bundeswehr im Rahmen der Summer School „Krieg im 21. Jahrhundert“**

Am 1. September, dem Antikriegstag, 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, beginnt die Summer School „Krieg im 21. Jahrhundert“, die von der Bundeswehr in Kooperation mit der Universität zu Köln ausgerichtet wird. Laut der Ankündigung sollen Masterstudierende und DoktorandInnen einen Überblick „über aktuelle wissenschaftliche Debatten sowie politikpraktische Trends in den Bereichen der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Militärsoziologie“ bekommen. Dafür sollen Lehrvorträge und „Besuche[...] in thematisch relevanten Einrichtungen“ stattfinden: <http://www.jaeger.uni-koeln.de/fileadmin/cfa.pdf>. Die genannten „thematisch relevanten Einrichtungen“ sind fast ausschließlich Einrichtungen der Bundeswehr bzw. des Verteidigungsministeriums.

Mehrere Gruppen an der Universität Köln protestieren nun öffentlich gegen die Summer School: Der Arbeitskreis Zivilklausel, campus:grün, DieLinke.SDS, Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive sowie die Hochschulgruppe Sozialwissenschaften (ein Zusammenschluss von Politik- und Soziologiestudierenden) sprechen sich in einem Offenen Brief an die Mitglieder des Instituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen und des Senats der Universität zu Köln gegen diese Kooperation aus und fordern ihre Beendigung.

Dazu Agnes Kamerichs vom Arbeitskreis Zivilklausel: „Die Welt muss dringend friedlich und menschlich gestaltet werden. Die Kriege und Rüstungsexporte der letzten Jahre haben weder Demokratie noch Menschenrechte gebracht, sondern die Krisen weltweit verschärft und ganze Regionen wie den Nahen Osten destabilisiert. Daher ist es zynisch, dass die Uni Köln eine Summer School mit der Bundeswehr veranstaltet und so ermöglicht, in einem scheinbar universitär-wissenschaftlichen Rahmen die deutsche Kriegspolitik zu legitimieren und zu rechtfertigen.“

Felix Massenbach vom Arbeitskreis Zivilklausel ergänzt: „Stattdessen ist es notwendig, dass die Wissenschaft zur Erforschung ökonomischer und politischer Kriegsursachen sowie der Reflexion von Friedensvoraussetzungen beiträgt. Das ist eine erforderliche Schlussfolgerung aus den beiden von deutschem Boden ausgegangenen Weltkriegen, deren Beginn sich diesen Sommer zum hundertsten bzw. fünfundsiebzigsten Mal jährt, und der Verstrickung der Wissenschaft in beide Kriege.“

Den Offenen Brief finden Sie im Anhang.

Kontakt: Agnes Kamerichs, [agneskamerichs@gmx.de](mailto:agneskamerichs@gmx.de), 0176-63834559